

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 23 37. Jg.

13. Juni 1924

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 0,25 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

### Redaktion:

Hans Roßner, Berlin N 24, Eissenerstraße 86-88 III. Redaktionsschlag: Montag. Telefon: Amt Norden 4269.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck- und Expedition:  
Conrad Müller, Schenckstraße-Lösing, Augustastr. 9-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzelle oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Oberelkunft. - *Zuschriften an die Expedition arbeiten.*

### Bekanntmachung!

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Statuts sind folgende Mitglieder wegen Streikbruch in Laupen (Schweiz) aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen worden:

Fässer, Adolf, Lithograph, geb. 29. 4. 83 in Mannheim.

Koch, Friedolin, Steindrucker, geb. 18. 1. 73 in Dethingen.

Koch, Paul, Steindrucker, geb. 5. 7. 68 in Naumburg.

Lechler, Paul, Steindrucker, geb. 12. 5. 78 in Stuttgart.

Stegmaier, Friedrich, Steindrucker, geb. 7. 3. 97 in Weitmars.

Traub, Karl, Steindrucker, geb. 26. 8. 90 in Kemnat.

Der Verbandsvorstand.

### Das kleinere Übel.

Die Feststellung basiert auf Erfahrung, daß viel geredet wird, wenn der Tag lang ist. Tarifverhandlungstage sind immer lang, aber besonders lang, wenn im Lithographie- und Steindruckgewerbe tarifverhandelt wird. Es wäre schöner Bruch steindrucklicher Tarifverhandlungstradition, wenn einmal der Fall eintreten würde, daß an einem Tarifverhandlungstage keine Übersichten verfahren würden. Mit hundert gegen eins ist mit absoluter Sicherheit des Gewinns zu wetten, daß ein Verhandlungsergebnis, erzielt ohne Doppelschichten zu verfahren, den Steindruckunternehmen ein Ausbund von Unannehmlichkeit wäre. Also wird es dabei bleiben, daß Tage der Tarifverhandlungen für das Steindruckgewerbe lange Tage sind.

In langen Tagen aber wird viel geredet. Soll schon Reden Silber, Schweigen aber Gold sein, so ist nur zu natürlich, daß bei vielen Reden nicht alles Silber ist. Viel und gut ist eben nur selten beisammen. Und so zeigen auch die Tarifverhandlungen mit ihrem vielen Gerede, daß viel und gut nur selten beisammen ist, wie das erzielte magere Teilergebnis füglich beweist.

Nach einem bekannten Worte soll das Wesen der zünftigen Diplomatie darin liegen, mit Hilfe möglichst vieler Worte Gedanken zu verbergen. Wenn man die Tage der letzten Tarifverhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe ohne Vorurteil an seinem geistigen Auge vorbeiziehen läßt und dabei besonders die Haltung der Unternehmervertreter beobachtet, dann kommt man in Versuchung anzunehmen, daß auch unsere Unternehmer-Unterhändler die Methode der zünftigen Diplomatie sich zu eigen gemacht haben. Vor den Verhandlungen und noch zu Beginn der Verhandlungen sang die Unternehmerfidel das Lied von den besseren Zeiten der Tariflosigkeit. Im Brustton der Überzeugung wurde der mitlebenden Berufswelt einzureden versucht, daß die Gehilfen vom Tarif nur Vorteile, die Unternehmer aber nur Nachteile gehabt hätten. Die Unternehmer seien die Gebenden und die Kollegen die Nehmenden gewesen. Daß, insgesamt betrachtet, das gerade Gegenteil der Fall ist, pfeifen zwar die Spatzen von den Dächern, aber von diesem Pfeifen darf man sich nicht beeinflussen lassen. Denn sonst würde die Heldenfigur, die mit unerbittlicher Strenge die durch die Kleinlichkeit und Knausrigkeit der Unternehmer provozierten Tarifvergehen der Gehilfen „brandmarkt“ und mit Stentorstimme Haftpflicht verlangt, zum Jammerlappen und es zeigte sich zu deutlich, daß in der Löwenhaut der Schreiner Schnock steckt.

Es wird uns hoffentlich nicht zu dick angekreidet, wenn wir freimütig gestehen, daß wir für die immer wiederkehrende Betonung der unternehmerlichen Tarifmildigkeit so gut wie keinen Glauben aufbringen konnten. Wir sind nicht deshalb zu unserer ungläubigen Thomasrolle gekommen, weil wir die Steindruckereibesitzer als unentwegte Tarifverfechter erkennen, daß trotz aller Wehr dem Tarifvertrag doch die Zukunft gehört, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen. Es liegt doch am Tage, daß die weltwirtschaftliche Lage des Steindruckgewerbes heute eine ganz andere ist als sie 1906 oder 1911/12 war. Auch die Wirtschafts-

lage Deutschlands ist heute eine ganz andere als wie sie vor dem Kriege war, ganz abgesehen von der politischen Lage. Wenn auch augenblicklich das Steindruckgewerbe infolge der deutschinnerlichen Wirtschaftslage mit Inlandsaufträgen genügend gespeist ist, so kann es doch nicht dauernd auf den Inlandmarkt angewiesen bleiben. Das Gewerbe hat viel zu große Ausdehnung, um vom Inlandmarkt dauernd recht und schlecht leben zu können. Es ist deshalb gezwungen, soll das Gewerbe nicht erheblich eingeschränkt werden, auf dem Weltmarkt in Konkurrenz mit den andern Ländern zu treten. Es ist eine Binsenweisheit, daß diese Konkurrenz heute nicht mehr so leicht zu bieten ist wie vor dem Kriege. Wo ehemals Er-

nicht den Kampf Mann gegen Mann gestatte, klang zwar angesichts der Riesenauspeicherung der Bergarbeiter etwas eigentümlich, war aber lediglich nur eine Erweiterung des Geständnisses, daß für die Unternehmer in der Jetztzeit der Tarif das kleinere Übel ist. Sollte mit dieser Befügung aber oben drein noch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Unternehmer das Tarifgebäude in die Luft sprengen werden, wenn sie die Zeit für sich günstig erachten, so war das nicht notwendig zu betonen, weil in der Gehilfenschaft nie ein anderer Gedanke lebendig war.

Ganz anders steht die Gehilfenschaft zum Tarifgedanken und zum Tarifvertrag. Die Gehilfenschaft ist von Grund aus tariffreundlich. Wenn die Tariffreundlichkeit bei einem Teile der Gehilfenschaft in den beiden letzten Jahren etwas an Kraft eingebüßt hat, so ist das der manchmal direkt zum Himmel schreienden Ausnutzung der Inflationszeit durch die Unternehmer aus Konto zu schreiben, die wohl wußten, daß eine das letzte Mittel gewerkschaftlicher Gegenwehr einsetzende Strategie während der Geldentwertung ein Schlag ins Wasser gewesen wäre. Trotz dieser manchmal ins aschgraue gehenden Bedrückung der Gehilfen durch die Unternehmer unterm Tarifvertrag während der Höhe der Inflation, hält die Gehilfenschaft am Tarifgedanken fest, weil die Zukunft dem Tarifgedanken gehört, der ein wesentliches Hilfsmittel mit ist, die Wirtschaft aus der Phase der Autokratie in die der Demokratie hinüber zu bringen. Ganz falsch wäre es, aus dieser Gehilfenschaftsstellungnahme zu schlußfolgern, daß sie ein Bekenntnis zum Tarif unter allen Umständen sei. Der Tarif ist den Gehilfen Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Er ist mehr Arbeit für die Zukunft als Gegenwartsarbeit; nicht kleineres Übel, sondern sogar oft augenblicklich größeres Übel. Deshalb auch die Stellungnahme der Gehilfen zum Maiverhandlungsergebnis, die lieber keinen Tarif wollen, wenn es nur ein Torso ist.

Gerade umgekehrt ist die Stellungnahme der Unternehmer zum Tarif. Er ist ihnen, wie in viel Worte eingehüllt zum Ausdruck kam, das kleinere Übel. Also haben sie zu wählen zwischen einem großen und einem kleinen Übel. Und das kleinere Übel hat angesichts der Lage des Gewerbes keine Aussicht bei Berücksichtigung der zweifelsohne sehr minimalen Wünsche der Gehilfen sich zum größeren Übel auszuwachsen. Das zwingt die Gehilfen, eben wegen ihrer Tariffreundlichkeit, unbeirrt daran festzuhalten, daß der neue Tarif in seinen Hauptpositionen für die Gehilfen nicht ungünstiger ist als der im Juni 1923 abgeschlossene. Wenn der Tarif schon ein Übel ist, dann soll er auch für uns Gehilfen das kleinere Übel sein. Wollen die Unternehmer also, daß ihnen nicht das größere Übel über den Hals kommt, dann mögen sie den Forderungen der Gehilfenschaft, die im wesentlichsten nur den Status vom Juni 1923 mit Ausnahme der Sonderbezahlung der 48. Stunde erhalten wissen wollen, Rechnung tragen. Man täusche sich im Unternehmerlager nicht! Die Gehilfenschaft lehnt geschlossen jede Verschlechterung der Hauptpositionen des Tarifes ab! Sie ist sich vollständig darüber klar, daß ihre Stellungnahme unter Umständen tariflose Zeit bedeutet. Sie ist sich aber ebenso klar, der politischen Stimmung ohne vorherigen schwerstem Kampfe keine Konzessionen zu machen. Es dürfte infolge dieser Lage wirklich nicht schwer sein, der Vernunft die Entscheidung zu lassen. All zu straff gespannt zerspringt eben der Bogen.

### Jeder Kollege ist verpflichtet

vor Abschluß eines Arbeitsvertrages mittels Auskunfts Karte

### Auskunft

bei der zuständigen Stelle

### einzuholen!

Geschieht das nicht, dann gehen alle sich daraus ergebenden Konsequenzen zu Lasten der Kollegen.

### Jeder Auskunftserteiler

ist gehalten, jede Anfrage umgehend zu beantworten. Er

### hat

die Pflicht sachgemäße

Auskunft zu geben und

schnellstens

an den Anfragenden gelangen zu lassen. Sküme kein Auskunftserteiler auf eine Anfrage postwendend

Antwort zu geben!

zeugnisse des deutschen Steindruckgewerbes dominierten, sitzen heute zum Teil andere als Lieferanten. Die außerdeutschen Absatzmärkte müssen also erst wieder gewonnen werden. Wenn nun auch Billigkeit der Waren, gepaart mit einer gewissen Güte, ausgezeichnetes Werbemittel ist: es versagt aber sofort, wenn nicht damit die Garantie bestimmter Lieferung verbunden ist. Es versagt um deswillen jetzt mit positiver Sicherheit, weil sowohl der deutsche Handel wie die deutsche Industrie während der Inflationsperiode in Nichterhaltung eingegangener Lieferfristen Dinge geleistet hat, die auf keine Kuhhaut gehen.

Dieses und noch mehr ist sehr wahrscheinlich den Unternehmern weit besser bekannt als uns. Wenn sie wenigstens zum Teil den Weltmarkt zurückgewinnen wollen, müssen sie in erster Linie dafür sorgen, daß die Betriebe möglichst ungestört laufen. Die beste Garantie für möglichst ungestörte Produktion und demgemäß auch ungestörte Lieferung bietet bei dem starken Organisationsverhältnis der Gehilfen noch immer der Tarif. Man muß schon vollständig wirtschaftsblind sein, solch offen zutage liegende Zusammenhänge nicht zu sehen. Da unsere Unternehmer für solch naheliegende Dinge das nicht sind, bettete sich in dem fast unversiegbaren Redestrom der Rechten des Hauses das Geständnis ein, daß ein Tarif das kleinere Übel sei. Die diesem Geständnis angehängte Befügung, daß auch die augenblickliche Lage Deutschlands

### Tagung des Schiedsgerichtes am 12. Juni.

Wie schon berichtet, erklärte der Schutzverband am Schlusse der Tarifverhandlungen, die keine Übereinstimmung über die wichtigsten Positionen des Tarifes zwischen den Vertragsparteien brachten, zur Entscheidung der noch offenen Verhandlungspunkte ein Schiedsgericht beim RAM zu beantragen, nachdem die Gehilfenvertreter einen gemeinsamen Anruf des RAM. rundweg abgelehnt hatten. Wie wir hören, hat der Schutzverband seinen Worten die Tat folgen lassen und das RAM. hat die Schiedsgerichtsverhandlungen für Donnerstag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr angesetzt. Ge-

laden zur Schiedsgerichtssitzung sind die Vertragsparteien mit ihren Schiedsrichtern, zu denen noch ein vom RAM. ernannter sogenannter unparteiischer Vorsitzender kommt.

Nach dem Antrag des Schutzverbandes an das RAM. soll das Schiedsgericht über Arbeitszeit, Mindestlohn, Überstunden, Ferien und § 14 Abs. 1 entscheiden. Die Begründung, die der Schutzverband seinem Antrage gegeben hat, läßt ganz deutlich erkennen, daß er damit eine gewisse Beeinflussung des RAM. beabsichtigt. Aber auch das wird dem Schutzverband nicht viel nützen, denn Gehilfenschaft und Verbandsleitung sind sich vollständig einig darin, daß ein Schiedspruch, der den berechtigten Wünschen und Forderungen der Gehilfen nicht Rechnung trägt, keine Aussicht hat, von der Gehilfenschaft angenommen zu werden. Wird ein solcher, die tatsächlichen Verhältnisse verkennender Schiedspruch gefällt und deshalb von dem Verbandsvorstand abgelehnt, dann ist das sehr fragwürdige Teilergebnis der Tarifverhandlungen, falls es wider Erwarten in der Abstimmung eine Mehrheit zur Annahme erhalten sollte, ebenfalls als mit abgelehnt zu betrachten. Und damit beginnt eine vertraglose Zeit für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe.

Es wäre vermessen zu behaupten, daß nichttariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Vorteil fürs Gewerbe seien. Aber ein Tarifvertrag muß die Interessen beider am Verträge beteiligten Kontrahenten nach billigem Ermessen berücksichtigen. Die Gehilfenschaft ist bereit, anfallender Mehrarbeit im Rahmen der bisherigen Tarifbestimmungen Rechnung zu tragen. Die Unternehmer aber wollen unter allen Umständen eine

Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ohne Rücksicht darauf, ob diese Mehrleistung durch genügend Aufträge erforderlich ist. Ihre Forderung entspringt lediglich der Absicht, auf Kosten der Gehilfen den Profit zu steigern. Dem muß die Gehilfenschaft den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Wenn dabei der Tarif zu Grabe geht, möge das Unternehmertum diese Tat und die sich daraus weiter ergebenden Konsequenzen auf ihr Konto schreiben. Ist ein Tarifvertrag der Ausdruck der jeweilig vorhandenen Machtverhältnisse, so möge man auch den gegebenen Machtverhältnissen Rechnung tragen. Und das Machtverhältnis zwischen den beiden bisherigen Tarifkontrahenten ist augenblicklich so gelagert, daß keine Tarifpartei ein Übergewicht für sich reklamieren kann. Eine längere als die täglich achtstündige Arbeitszeit sowie die Verschlechterung der übrigen noch offenen Tarifpositionen wäre demnach nur gewerbeüblich zu machen, nachdem die Gehilfenschaft in einem Kampfe niedergedrungen wäre. Daß ein solcher Kampf durch alle Phasen heißester Leidenschaft gehen würde, ist unschwer vorherzusagen. Und daß er das Gewerbe belasten würde mehr als es vertragen kann, ist auch eine Binsenwahrheit. Die Gehilfenschaft will diesen Kampf nicht! Sie ist aber im Interesse des Gewerbes und seiner Pflicht, auf dem Weltmarkt wieder Achtung und Einfluß zu gewinnen, gezwungen, alle unbilligen Zumutungen aufs entschiedenste zurückzuweisen. Zum Frieden bereit, lehnt jedoch die Gehilfenschaft alles ab, was unter die Abmachungen vom Juni 1923 heruntergehen könnte. Hic Rodus, hic salta!

### Die statistische Erhebung des Tarifamtes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe vom 9. April 1924.

Seit Bestehen des Tarifvertrages für das Lithographie- und Steindruckergewerbe im Jahre 1919 sind auf Beschluß der beiden Vertragsorganisationen sieben statistische Erhebungen vom Tarifamt durchgeführt und bearbeitet worden. Deren Ergebnisse sind bisher weiteren Kreisen der Berufsangehörigen nicht zugänglich gemacht worden; aus welchen Gründen, soll hier nicht untersucht werden.

Der besondere Wert einer allgemein durchgeführten und eingehend bearbeiteten Statistik beruht darin, daß die Verhältnisse des Gewerbes — bezüglich der Zahl der beschäftigten Gehilfen, des in der Ausbildung befindlichen gewerblichen Nachwuchses, der Feststellung der tatsächlichen Entlohnung und des Lebensalters der Gehilfen und der vorhandenen, in Betrieb befindlichen und stillstehenden Produktionsmaschinen etc. — ermittelt werden. Die Führer der Unternehmer und Gehilfen benötigen zur Betreibung einer sachgemäßen, den Gesamtinteressen des Gewerbes dienenden Gewerbepolitik einwandfreie Unterlagen, die nur durch statistische Erhebungen beschafft werden können.

Kein anderes Gewerbe ist mit der gesamten Volks- und Weltwirtschaft so eng verbunden, wie der Steindruck und dessen Vielseitigkeit bezüglich der drucktechnischen Möglichkeiten und die gewerbliche Gliederung drängt geradezu zu öfteren statistischen Erhebungen; zumal die Reproduktionstechnik und die der Vervielfältigung steter Veränderungen unterworfen sind.

Es muß leider festgestellt werden, daß immer eine größere Zahl von Betrieben unterläßt, die gewünschten Angaben zu machen. Letzteres dürfte zu einem großen Teile aus Gründen der Konkurrenz geschahen. Man befürchtet anscheinend, daß unberufenen Personen Einblick in die internen Verhältnisse des Betriebes gewährt werden könnte, um dann die gewonnenen Kenntnisse im gewerblichen Konkurrenzkampf zu verwerten. Solche Befürchtungen waren aber bisher vollständig unbegründet. Die beschlossenen Erhebungen sind stets vom Tarifamt, als der paritätischen und unparteiischen Zentralinstanz unseres Gewerbes, durchgeführt und bearbeitet worden. Ferner kann gesagt werden, daß noch nie der leiseste Versuch gemacht wurde, Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Betriebe zu gewinnen. Zu einem Teile wird die Vorenthaltung der Angaben auch auf die Unkenntnis des

Wertes statistischer Aufnahmen zurückzuführen sein.

In der Regel haben sich zwei Drittel der tariftreuen Firmen an den Erhebungen beteiligt und somit war immerhin möglich, daß über die im Gewerbe obwaltenden Verhältnisse Einblicke gewonnen werden konnten. Für spätere Erhebungen ist aber doch dringend zu wünschen, daß sich sämtliche Firmen beteiligen, zumal Statistiken nur bei wichtigen Anlässen bzw. aus dringenden Gründen ausgeführt werden. Die damit entstehenden hohen Unkosten und die sich daraus ergebende umfangreiche Arbeit rechtfertigen sich nur, wenn dringende Gründe vorliegen.

Bezugnehmend auf die mit dem 9. April cr. als Stichtag vorgenommene Erhebung ist zu bemerken, daß an 991 Firmen Fragebogen zur Versendung gelangten und bis zum 22. Mai von 674 Betrieben Angaben gemacht worden sind. Es sind also von 68 Prozent der befragten Firmen Berichte eingegangen. Diese 674 Betriebe beschäftigten am Stichtage insgesamt **8043 Gehilfen** (5764 Steindrucker und 2279 Lithographen) und **1362 Lehrlinge** (1006 Steindrucker und 354 Lithographen).

An **Druckmaschinen** (Handpressen, Flachdruck-schnellpressen, Rotations- und Offsetmaschinen) waren **7123** vorhanden. Davon waren **in Betrieb 5398** und **1725 standen still**.

Um den Vertragsverbänden für die am 26. Mai beginnenden Tarifverhandlungen die Ergebnisse gedruckt rechtzeitig zu übermitteln, konnten nur die bis zum 14. Mai eingegangenen Fragebogen bearbeitet werden.

Das Ergebnis ist folgendes:

In den **659 Betrieben** werden **7875 Gehilfen** (5657 Steindrucker und 2218 Lithographen) und **1335 Lehrlinge** (989 Steindrucker und 346 Lithographen) beschäftigt. Im Alter von **über 24 Jahre** befinden sich **6957 Gehilfen** (4995 Steindrucker und 1962 Lithographen); während **918 Gehilfen** (662 Steindrucker und 236 Lithographen) im Alter von **unter 24 Jahre** stehen. Von den insgesamt ermittelten Gehilfen sind demnach **88,34 Prozent** über 24 Jahre und **11,66 Prozent** unter 24 Jahre alt.

Die Gehilfen im Alter von **über 24 Jahre** verteilen sich auf die verschiedenen Berufssparten und einzelnen Tarifkreise wie folgt:

Gehilfen unter 24 Jahre wurden in sämtlichen 12 Tarifkreisen und in Berufssparten gegliedert wie folgt ermittelt:

b. z. 21. Jahre:	17	173	147	3	23	80	65	4	11	= 523
21-24 Jahre:	12	137	102	4	44	49	26	5	16	= 395
1-12	29	310	249	7	67	129	91	9	27	= 918

Die 1335 Lehrlinge verteilen sich auf die Tarifkreise wie folgt:

Kreis	Steindrucker				Lithographien			
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
1	10	15	11	15	5	6	7	3
2	8	9	15	16	8	3	4	7
3	12	7	10	10	3	5	2	2
4	13	25	18	15	7	5	6	5
5	6	16	19	15	3	10	6	3
6	8	27	31	17	5	14	8	4
7	6	17	13	7	1	4	2	7
8	33	61	62	70	16	23	20	8
9	17	33	20	29	5	19	8	6
10	37	36	55	38	23	11	18	5
11	13	19	17	6	5	6	2	5
12	22	11	15	4	10	1	5	2
	185	276	286	242	91	107	88	60

Aus nachstehender Aufstellung ist die Verteilung der ermittelten **Druckmaschinen** zu ersehen und aus der Gegenüberstellung der stillstehenden Maschinen, sind die in Betrieb befindlichen sehr leicht zu errechnen.

Kreis	Handpressen		Flachdruck		Rotation		Offset	
	gesamt	unbes.	gesamt	unbes.	gesamt	unbes.	gesamt	unbes.
1	244	74	193	54	7	4	40	6
2	197	41	155	30	1	1	58	13
3	224	84	144	43	—	—	38	11
4	238	40	206	28	3	2	28	5
5	213	52	167	48	14	5	45	7
6	293	70	210	51	5	1	9	4
7	157	47	135	48	—	—	30	11
8	619	124	494	117	86	32	199	24
9	429	108	405	95	4	3	33	10
10	541	114	388	91	26	3	110	13
11	163	37	134	44	3	1	19	6
12	175	42	182	47	9	4	13	2
1-12	3493	833	2713	696	158	56	622	112

Insgesamt: 6986 Maschinen; davon 5289 besetzt und 1697 unbesetzt.

Bezüglich der Entlohnung sind vorläufig nur Feststellungen über die Löhne der über 24 Jahre alten Gehilfen gemacht worden, die folgende Kreis-durchschnittslöhne ergeben haben.

Kreis	Andruck	Umdruck	Flachdruck	Rotation	Offset
1	33.10	32.92	33.10	34.66	35.54
2	30.44	30.39	30.50	—	34.17
3	39.75	37.27	35.68	—	41.05
4	31.47	30.43	31.18	34.50	34.95
5	30.20	30.03	30.81	30.14	34.88
6	27.48	27.58	28.75	25.33	34. —
7	30.50	30.94	32.07	—	36.58
8	29.28	28.86	28.66	29.45	32.78
9	26.67	26.79	27.08	31. —	31.30
10	33.77	32.98	33.92	35.30	42.80
11	26.62	26.66	27.21	27. —	31.93
12	32.36	33.45	34.18	28.40	37.55
1-12	30.06	30.18	30.61	30.78	30.10 M.

Kreis	Merk.-Li.h.	Chromo-Lith.	Kartogr.	Zeichner
1	33.10	33. —	—	31.50
2	31.96	29.11	31. —	35.57
3	36.59	—	—	39.80
4	31.11	32.56	32.80	29.40
5	30.21	28.94	36. —	35.66
6	27.51	27.97	—	32.50
7	32.68	30.16	34. —	30. —
8	30.65	30.33	30.26	33.25
9	28.16	27.05	31. —	28. —
10	35.60	33.44	40.15	37.47
11	29.37	26.46	27.62	29.66
12	35.13	34.21	—	49. —
1-12	31.53	30.43	34.57	34.10 M.

Die Gesamtlohnsumme, die die Firmen an die 6957 Gehilfen im Alter von über 24 Jahre zur Auszahlung brachten, betrug nach dem Stand der Löhne am 9. April cr. **215 829 Mark**. Davon gelangten an **4995 Steindrucker 154 292 Mark** und an **1962 Lithographen 61 537 Mark** zur Auszahlung. Hierbei wird aber ausdrücklich darauf verwiesen, daß die genannten Lohnsummen nur für die tarifliche wöchentliche 48 Stunden betragende Arbeitszeit Geltung haben.

Der Reichsdurchschnittslohn beträgt für Steindrucker **30,90 Mk.** und für Lithographen **31,26 Mk.** pro Woche, bei 48-stündiger Arbeitszeit.

Die vorstehend veröffentlichten Ergebnisse der statistischen Erhebung vom 9. April cr. dürften für die Berufsangehörigen, denen die Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse nicht gleichgültig ist, von Interesse sein. *Alexander Czech, Berlin.*

### Kolumbus-Ufer.

Die kühne Tat Kolumbussens macht Schule: In unserer „Graphischen Presse“ tauchen Artikel auf, die das Verlangen der Menschheit, im großen und kleinen zu einer neuen Welt zu gelangen, ventilieren. Der individuelle Anspruch vermeintlicher Kolumbusnaturen, unter bestimmten Verhaltensregeln der Menschheitsmitglieder an neuen Ufern zu lan-

Kreis	Zahl der Betriebe	Andrucker	Umdrucker	Fl. chdr.	Rotst.-Dr.	Offs.-Dr.	Merk.-Lith.	Chromo-Lithogr.	Kartogr. Lith.	Graph. Zeichner	Insgesamt Gehilfen
1	61	10	132	112	3	24	40	19	—	6	346
2	36	18	119	100	—	40	55	34	6	14	386
3	46	4	97	72	—	20	27	—	—	5	225
4	42	21	201	144	2	22	61	73	5	5	534
5	62	10	99	84	7	34	28	35	1	3	301
6	39	60	184	123	3	5	37	148	—	4	564
7	25	12	111	68	—	12	29	48	2	2	284
8	108	63	569	323	42	157	178	200	38	60	1630
9	73	43	315	256	1	20	99	120	2	13	869
10	98	61	387	239	16	113	93	244	46	42	1241
11	30	8	105	69	1	15	29	32	8	6	273
12	39	11	112	102	5	9	36	28	—	1	304
1-12	659	321	2431	1692	80	471	712	981	108	161	6957

den, ist jedoch ein völlig irriger. Denn ein etwaig eintreffendes Indianergeheul von Seiten bestimmter Partei-Eingestellten und -Angestellter auf Anzapfungen ist allein noch kein Beweis, daß Neuland in Aussicht steht.

Der zweite Uferartikel von Kollegen K. Jantsch in Nr. 19 der „Graphischen Presse“, ist anfänglich wenig hoffnungsvoll und konstatiert resigniert den toten Punkt der sozialen Frage. Im weiteren Verlauf huldigt jedoch Kollege K. J. einem oft sonderlich-schwärmerischen Glauben. Mit Recht findet er in der naturwissenschaftlichen Suppe unserer aberländischen Kultur Haare, wischt sich aber den Mund nach dem Genuße einer neuen geistig-ästhetischen Menschheitspeise, von der er gegenüber allen seitherigen, wenig nahrhaften menschlichen Unzulänglichkeiten die Wirkung einer Gesellschaftsordnung erwartet, „die als auf eine höhere sittliche Basis gestellt angesehen werden kann“. — Man kann Kollegen K. J. das Zeugnis nicht vorhalten, daß er guten Willens und ein Wahrheits-sucher ist, sich geistig weiter umgesehen hat. Seine Erkenntnisse erlangte er nicht auf bequemere breiter Heerstraße, sondern im Aufstieg zur Höhe eines geistig-sittlichen Daseins. Ein löbliches Beginnen. Schade nur, daß nicht alle Menschen diesem edlen Sport huldigen. Die schöne Aussicht dort oben sollte verführen. Ob allerdings die scharfe Höhenluft auf die Dauer nicht verschupft.

Der dem Parteigetriebe Entweichende sieht sich auf dem Weg zum Aufstieg, des Pfades unkundig, instinktiv nach Wegweisern um. Fällt er meist auf einen herein, so befindet er sich selbst wieder in der so verhassten Mittläuferschaft. Nehmen wir an, dem Kollegen K. Jantsch stand das Symbol Rudolf Steiners verheißungsvoll am Wege. Ganz sicher ist das ja nicht, immerhin deuten vielfache Wendungen in seinem Artikel darauf. Die Steinersche Anthroposophie lehrt ein ganz neues eigenartiges, höher-geistiges Denken, vermittelt dessen — vorausgesetzt, daß dies allen Menschen gelehrt und geläufig ist, faßt automatisch sich eine neue Weltordnung vollziehen soll. Erkannten die Philosophen unsern Vernunftsin als Mittel und Werkzeug, uns die Welt zu gestalten, warum sollte nicht einzusehen sein, daß mit entscheidender Wandlung des Denkens uns die Welt anders erscheinen muß, wenn sie sich auch nicht ändert. — Dies spricht natürlich alles nicht gegen des Kollegen K. Jantsch ernste und edle Gesinnung im allgemeinen oder den idealen Wert seiner Ausführungen, sofern er sie nicht allzu vorschnell für die praktische Welt zu nützen glaubte. Letzteres erweist sich als ein Köhlerglaube und bricht ihm das logische Genick. Denn dem Dasein durch einen fast unnatürlichen Willensakt im Individuum einen höheren, fast ausschließlich geistigen Sinn einzugeben, setzt die menschliche Willensfreiheit zu dieser Tat voraus, die von großen Philosophen völlig gelugnet wird. Das schließt natürlich nicht aus, daß bestimmte große, namentlich religiöse Lebensmaximen, sofern sie beim Individuum und bei einem großen Teil der Menschen Anklang finden, mitbestimmend bei den menschlichen Handlungen werden können. Solches geschieht jedoch nur bei jungen, erst kulturfähig werdenden Völkern; im zivilisierten Volksleben, problematisch in allen Fragen und Zielen wie es heute ist, vermag eine rein geistige Idee, sofern sie nicht zugleich dem materiell sozialen Boden entwächst, wie der Sozialismus, ihre Wirkung über kleinere oder größere Sektensbildung nicht hinauszutreiben.

Hoffen wir von Kollegen K. Jantsch, daß er die Klippe seiner fast zu idealen Art, die stark mit der gekennzeichneten Glaubensrichtung liebäugelt, glücklich umschiffet und auf seinem künftigen Wege wohlbehaltener zur Höhe gelangt, alwo er festen Grund spürt und „sich auf eigene Füße stellen kann“. Freilich reimt sich diese persönlich-anpruchsvolle Haltung wenig mit dem Hinweis, „seine eigene Meinung nicht in den Vordergrund zu stellen“. Dies geziemt allenfalls Philosophen, die einsam und welterschüttert oben sich sub speci aeternitatis, unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeit die Menschheit begucken, aber nicht dem wahren Menschenfreund, der helfend einspringen will. „Das allen Menschen Gemeinsame“ zu suchen, das „Streben auf Verständigung“ zu propagieren. Gerade zu diesem Zweck hat man doch Anhänger-schaft nötig, um aktiv eingreifen zu können, positives zu schaffen.

Da glaubt der auf einsam geistiger Höhe Stehende das Neuland, der Weisheit letzten Schlus entdeckt zu haben: „Die Verständigung zum großen Ziel“. Aber tönt nicht dieser Ruf vielhundertfach schon aus der Tiefe; in jeglicher Parteilormulierung, jeder Sektierervariation. Jede Partei, jede Geistesrichtung und Weltanschauung vermeint den richtigen Schlüssel zum erscheinenden Neuland, das unbrechbare Steuer zu neuen Ufern in Händen zu haben; glaubt, daß sich eine Einigung und Verständigung im großen und kleinen zum Heile der Menschheit auf Grund ihres Programms vollziehen lasse.

Daß diese Tatsache, die an das Kurtenbunt der Sprachen in Babylon gemahnt, den wahren Menschenfreund eher tröstlos als hoffnungstreudig stimmen muß, könnte ich mir leicht denken. Aber gesetzt den Fall, es wäre eine auch nur aufs wic-

tigste gehende Verständigung aller auf ein Ziel, ein Programm möglich, hätte diese Verständigung nicht für die meisten den unangenehmen Beigeschmack eines Kompromisses, schmeckte es nicht nach Kuhhandel. Das Leben wäre wirklich fad, wenn eine solche mysteriöse Wunderkraft in allem und jedem Falle Wirklichkeit würde. — So fragt sich, ob ein Steiger zur Höhe sich nicht mit zu idealen Forderungen denn doch verstiegen hat — ins Wolkenkuckuckheim.

Solche ideale Richtlinien für das Verhalten der Menschen aufzustellen, ist vergebliche Liebesmühe, das selbes noch jederzeit von anderen, mächtigeren Faktoren bestimmt worden ist und ferner bestimmt wird. Die große Schicksalsstragödie der Menschheit vollzieht sich, durch solche hypothetische Berechnungen gänzlich unberührt, fast unabänderlich, schicksalhaft; „Ideen“ machen nur die Begleitmusik; was besagen will, daß die den jeweiligen Zeitgeist der Epoche beherrschenden und wirksamen Maximen und Prinzipien zugleich zu den Imponderabilien zählen, die in ihrem Wesen in Ursache und Wirkung, ihrer Tragweite unübersehbar und unberechenbar sind; die Politik im großen und im kleinen enthält nur einen Teil ihres Ausflusses und ihrer Wirksamkeit.

Infolge starken Schwankens meines Artikel-schiffes und fürchtend, in eine falsche Strömung zu geraten, bin ich nicht in der Lage, einen zum Thema passenden, höchst wirksamen und verheißungsvollen Schluß, der der Hoffnungseligkeit vieler Leser — ändern auch nicht — entspräche, zu schreiben. Aber schließlich war dies nicht der Beweggrund meiner Exkursion. Weder hatte ich Ziele, Neuland des Geistes zu entdecken, noch neues reales Uferland zu erschließen. Im Gegenteil, ich zog aus an Ort und Stelle Untersuchungen anzustellen, wo enthusiastierte Propheten und Kolumbusse solches verheißten. Infolge gänzlichen Abmangels einer Phantasietätigkeit und dem angeborenen Hange zur Kritikasterei, kann ich auf Ehre und Gewissen bekunden, daß ich nichts verdächtiges wahrgenommen habe, was den Kombinationen, Konstruktionen und anschaulichen Bildern meiner werten Vorredner gleich. Damit will ich sie nicht etwa der Unwahrhaftigkeit bezichtigen oder als falsche Propheten und Hochstapler-Kolumbusbrandschatzen. Sie sind vielleicht sympathetischen Mitteln zum Opfer gefallen oder vermeinen neue Ufer auf dem Marsozean. Schließlich ist ihnen auch die babylonische Verwirrung und ägyptische Finsternis, die die ganze aberländische Kultur — einschließlich der Elite der Arbeiterschaft — ergriffen hat, zu gute zu halten; alles Grund genug, Neuland- und Ufersehnsucht aufkommen zu lassen.

Adolf Blum.

**Ergänzung zum Artikel: Estland.**

Bei der Firma H. Laakmann, Dorpat (Estland) sind vier deutsche organisierte Kollegen. Drei von uns haben einen Wochenlohn von 3000 Esti-Mark, der vierte 2500 Esti-Mark. Die schon mehrmals versuchte Lohnaufbesserung von 306 Esti-Mark wöchentlich wurde uns wieder abgeschlagen. Hierauf haben wir die Überstunden, welche durch beiderseitige Unterschrift der Betriebsordnung, nur mit gegenseitigem Einverständnis zu leisten sind, verweigert. Die Firma hat hierauf allen sofort gekündigt.

Wir werden diesem Tempel den Rücken kehren und raten den Kollegen zum eigenen Wohle, den Betrieb zu meiden.

**Brief aus Italien.**

Es bleibt uns nichts weiter übrig, als einmal in eurer „Graphischen Presse“ auf die Bedingungen aufmerksam zu machen, die ihr stellen müßt, wenn ihr einen Posten in Italien annehmt, um erstens nicht nur für das Essen zu arbeiten und dann uns durch einen zu niedrigen Lohn bei allen Aktionen, sei es im einzelnen oder im ganzen, zu schädigen. Wir müssen vielen den Vorwurf machen, daß viele keine Auskunft einholen, denn sonst wäre es nicht möglich, daß bei großen Firmen täglich Offerten einlaufen, die weit unter dem Existenzminimum liegen. Als Dank dafür bekommt ihr dann, wenn ihr hier eine Erhöhung verlangt, von den Direktionen zu hören: „Ihr ausgehungerten Deutschen müßt froh sein, wenn es für das Essen langt, was wollt ihr noch mehr.“ Vor allem müßt ihr die gesamten Reisekosten fordern, denn dann wird sich manche Firma überlegen, nur so mit den Kündigungen zu spielen, ohne Unterschied, ob es ein Deutscher oder ein Inländer ist, wenn sie nicht bestimmt weiß, die nächste Woche kommt eben dann ein anderer, es kostet uns ja nichts. Dann besteht bei uns die täglich achtstündige Arbeitszeit. Trotzdem werden von deutschen Kollegen Verträge bis zu 10 Stunden abgeschlossen. Nun zur Hauptsache. Als Mindestlohn für einen Deutschen, welcher nicht die Absicht hat, nur von Macaroni zu leben, und als Ausländer ja ohnehin teurer lebt wie wir, muß z. B. für Mailand, also für das nördliche Italien, für einen Photographen oder Farbtärer 400 Lire pro Woche angesehen werden, in einer Kleinstadt mindestens 350, trotzdem gibt es Orte wie Florenz, Rom, Neapel, Genua und Venedig, besonders diejenigen, wo ein

starker Fremdenverkehr ist, wo ein Auskommen unter 400 Lire kaum möglich ist. Als letztes wollen wir euch den wohlgeleiteten Rat geben, kommt nicht gleich mit der ganzen Familie her, bevor ihr euch überzeugt habt, daß mit dem Gehalt ein Auskommen möglich ist. Denn wenn erst ein Geschäft weiß, daß ihr etwas gebunden seid, ist an eine Erhöhung, und wenn der vereinbarte Lohn noch so niedrig ist, kaum zu denken. Ebenso könnt ihr euch gefaßt machen, daß es Firmen gibt, die bei angeblich nicht genügender Arbeitsleistung einfach vom Lohn Abzüge vornehmen. Wir bitten, daß sich dies alle, die nach Italien gehen wollen; zu Herzen nehmen und hoffen, daß solch bedauerliche Fälle nicht mehr vorkommen.

Wir danken bestens für die Veröffentlichung und verbleiben mit kollegialen Grüßen  
Section Bergamo  
Locatelli.

**Ortsberichte.**

**Berlin, Lithographen und Steindruckere.** In gut besuchter Versammlung berichtete am 3. Juni Kollege Hoffmann über die gepflogenen Tarifverhandlungen. Einleitend streifte er die Geschehnisse während des Tarifjahres, aus der sich die Stimmung erklärt, die die Verhandlungen beherrscht. Da über die wichtigsten Tarifpositionen, Arbeitszeit, Mindestlohn, Überstunden, Ferien und § 14 Absatz 1, keine Übereinstimmung zwischen den Vertragsparteien zu erzielen gewesen sei, müßten die Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden. Nachdem Kollege Hoffmann unter Beachtung der gestellten Anträge die einzelnen Tarifpositionen besprochen und die erzielten Teilergebnisse bekannt gegeben hatte, empfahl er die Annahme dieser Teilergebnisse. Zur Entscheidung der noch offenen Tarifpositionen habe der Schutzverband ein Schiedsgericht beim RAM. erbeten. Da die Entscheidung des Schiedsgerichts der Kollegenschaft wegen der Kürze der Zeit nicht vorgelegt werden kann, empfahl Redner den Verbands-vorstand zu ermächtigen jeden Schiedspruch abzulehnen, der unsern gerechten Ansprüchen nicht Genüge leistet.

Die den Ausführungen folgende kurze aber sachliche Aussprache kritisierte das Verhalten der Unternehmer mit überraschender Schärfe. Ein Tarif ohne den Achtstundentag finde nicht die Zustimmung der Kollegen. Das Zurückgehen der Gehiltevertreter bei den übrigen Positionen auf das bisher Gewesene sei das Äußerste an Entgegenkommen. Könnten die Unternehmer darauf nicht eingehen, müsse eben ohne Tarif weitergearbeitet werden. Die erzielten Teilergebnisse seien nicht geeignet die Zustimmung der Kollegen finden zu können. Bemerkenswert ist, daß nur ältere Kollegen das Wort ergriffen. Der Ausgang der geheimen Abstimmung war deshalb vorauszusehen. Mit 7. Mehrheit lehnten die Berliner Kollegen das Teilergebnis ab und gaben dem Verbandsvorstand fast einstimmig die Ermächtigung, einen unseren Anforderungen nicht entsprechenden Schiedspruch aus eigenem abzulehnen.

**Konferenz der Internationalen Berufssekretariate mit dem Vorstand des IGB.**

Laut Beschluß der im November 1923 in Amsterdam abgehaltenen Sitzung der Internationalen Berufssekretariate mit dem IGB, fand am Vorabend des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien unter Leitung des Vorstandes des IGB, eine Konferenz statt, in der die im November 1923 unterbreiteten Vorschläge des Bureaus des IGB, betreffend die organisatorischen Beziehungen zwischen dem IGB, und den internationalen Berufssekretariaten ratifiziert werden sollten. Während in der Novembersitzung die ersten vier Punkte (Teilnahme der Berufssekretäre als Gäste am Internationalen Gewerkschaftskongress, Abhaltung zweijähriger internationaler Konferenzen, Aufnahme von drei Vertretern der Berufssekretariate im Vorstand des IGB, mit beschließender Stimme und Pflicht der Berufssekretariate in allgemeinen Fragen keine endgültigen Beschlüsse zu nehmen ohne vorherige Beratung mit dem IGB.) einstimmig gutgeheißen wurden, erklärten sich sechs Berufssekretariate gegen Punkt 5 betreffend die Bestimmungen für die Zulassung zu den Berufssekretariaten.

Die Konferenz fand unter dem Vorsitz Mertens im Gebäude der österreichischen Gewerkschaftskommission statt. Abgesehen von den Vorstandsmitgliedern des IGB, waren nachstehende Berufssekretariate vertreten: Bergarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter, Hutmacher, Zimmerer, Lederarbeiter, Privatangestellte, Postangestellte, Lithographen, Lebensmittelarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, öffentliche Angestellte, Maler, Buchbinder, Bekleidungsarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter und Typographen.

Die ersten beiden Tage wurden vollständig der Ratifizierung der Beschlüsse vom November 1923 gewidmet. Einige Berufssekretariate, so z. B. die Transportarbeiter, Metallarbeiter und Lebensmittelarbeiter brachten vor allem die Frage unserer Stellung zu den russischen Organisationen zur Erörterung und es fanden in diesem Zusammenhang

ausführliche Beratschlagungen statt. Trotz taktischer Meinungsverschiedenheiten gingen alle Delegierten in der Auffassung einig, daß die Einheit zwischen den Berufssekretariaten und dem IGB. im Interesse der ganzen Arbeiterklasse gewahrt bleiben muß. Es wurde dann auch mit einer Stimmenhaltung (Bergarbeiter), folgender Antrag Dr. Maier (Postangestellte) mit einem Zusatzantrag einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate vom 31. Mai und 1. Juni 1924 erklärt, daß als einzige Gewerkschaftsinternationale aller Gewerkschaften ausschließlich der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam anerkannt wird.

Die Beschlüsse der Konferenz des IGB. und der Internationalen Berufssekretariate vom 9. und 10. November 1923 werden als organisatorische Richtlinien anerkannt.

Sollten internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit versetzt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gebeten, sich zuvor mit dem Vorstand des IGB. oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Bureau des IGB. und den drei Vertretern der internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen.“

## Ferien für die Arbeiterschaft

Wer hat in früheren Jahren in der Arbeiterschaft Ferien gekannt, Ferien für die Arbeiter. Ferien, also Freizeiten unter Fortzahlung des Gehalts, waren üblich für Beamte und für einen Teil der kaufmännischen Angestellten. Arbeiter und Arbeiterinnen aber kannten keine Ferien. Sie kannten höchstens unfreiwilliges Aussetzen der Arbeit in Krankheitsfällen oder bei Arbeitsmangel. Im ersten Falle erhielten die Arbeiter in dieser Zeit eine, wenn auch nur geringe Unterstützung in Form von Krankengeld. Bei Aussetzen aus Arbeitsmangel erhielten sie nichts.

Infolgedessen waren diese Arten Freizeiten den Arbeitern und Arbeiterinnen nicht angenehm, ja sie waren gefürchtet. Auch in der uns heute so häufig als bessere Zeit scheinenden Vergangenheit lebte ja die Arbeiterschaft fast allgemein nur aus der Hand in den Mund. Nur ein sehr kleiner Teil war imstande, Rücklagen zu machen und arbeitsarme Zeiten von kurzer Dauer als willkommene Gelegenheiten zum Ausruhen betrachten zu können. Die übrigen zitterten bei dem Gedanken an solche Zeiten wie heute auch.

Erst die Erfolge langjähriger Gewerkschaftsarbeit brachten auch zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen Ferien. Seit einer Reihe von Jahren sehen Tarifverträge Freizeiten unter Fortzahlung des Lohnes vor. Meist war die Anzahl der Ferientage nur sehr gering, beileibe nicht so groß wie bei den Beamten, und in der Regel war auch eine längere Tätigkeit im Betriebe Voraussetzung für Ferien. Aber mit dem Prinzip war doch gebrochen, daß die Arbeiterschaft nur immer zu arbeiten hat, tagaus, tagein, Jahr für Jahr, ohne sich jemals einiger Tage Freiheit vom Arbeitsjoch erfreuen zu können. Selbst für Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Akkord beschäftigt wurden, waren Ferien festgesetzt. In diesen Fällen wurde ein bestimmter Lohndurchschnitt als Lohnsumme für die arbeitsfreie Zeit bezahlt. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind alt und grau geworden, ehe sie das erste Mal in ihrem Leben wirkliche Ferien gehabt haben. Die jüngeren Arbeitskräfte haben freilich auch diese Errungenschaft der Arbeiterorganisation und des organisierten Kampfes um bessere Lebensbedingungen als etwas ganz selbstverständliches hingegenommen, ohne daran zu denken, daß auch diese Einrichtung den Unternehmern abgetrotzt und nicht freiwillig von diesen geschaffen worden ist, und daß, wie der Achtstundentag, auch die Ferien nur eine Dauereinrichtung sein werden, wenn die Arbeiterorganisationen dies erzwingen können.

Wie andere Errungenschaften der Arbeiterorganisationen sind jetzt auch die Ferien in Gefahr. In zahlreichen Fällen sind sie den Arbeitern und Arbeiterinnen bereits genommen oder doch stark gekürzt worden. Die Gefahr, die Ferien zu verlieren, ist jetzt so besonders groß, weil anstelle der früher recht weit verbreiteten Wochenlöhne die Bezahlung der Arbeitskräfte nach Arbeitsstunden oder nach der Stückleistung an Umfang zugenommen hat. Bei diesen Entlohnungsmethoden sind Ferien, also Freizeiten unter Fortzahlung einer Summe, die dem Arbeitsverdienst in dieser Zeit entspricht, viel schwerer durchzuführen als bei Wochenlöhnen. Bei Akkordarbeit oder bei Stundenlohn fällt ja selbst eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage fort. Freizeiten, unter Fortfall einer Entschädigung sind aber keine Ferien, und die Arbeiter und Arbeiterinnen können sich solche Freizeiten nicht leisten. Müssen sie gezwungenermaßen die Arbeit eine zeitlang aussetzen, dann sind diese Zeiten keine Erholungspausen; sie erfüllen also nicht den Zweck von Ferien.

Es wäre bedauerlich, wenn diese erst in den Entwicklungsstadien vorhanden gewesene Einrichtung auch den Forderungen der Zeit zum Opfer fallen würde, die mit der Begründung: „nur Arbeit kann uns retten!“ und „zurück zur Einfachheit und Sparsamkeit!“ den Verzicht auf alles, was die Arbeitskraft erhalten und das Leben verschönern hilft, von der Arbeiterschaft verlangt, ohne andere Volksschichten als in dieser Beziehung zu gleichem Verzicht verpflichtet zu betrachten. Da nicht darauf zu rechnen ist, daß die bessergestellten Volkskreise und das Unternehmertum den Arbeitern und Arbeiterinnen freiwillig ein Recht auf Leben und Wohlergehen zugestehen, so muß die Arbeiterschaft ihre Organisation so gestalten, daß sie sich dieses Recht erkämpfen und sichern kann.

Gertrud Hanna.

## Soziale Reaktion.

Die Absicht der Unternehmer, die schöne Zeit des Inflationsdumping durch Abbau der sozialen Errungenschaften, Niedrighaltung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit auch weiterhin zu haben, ist vielfach, auch von uns, als soziales Dumping bezeichnet worden. Deshalb großes Geschrei in dem Lager, das sich durch diese Wehr in dem ach für sie so einträglichen Geschäft des Profitmachens gestört sieht. Man behauptet, daß das soziale Dumping, wenn es anerkannt würde, im Ausland dazu führe, Absperrzölle zu schaffen. Weiter wird darauf verwiesen, daß die Behauptung der technischen Mangelhaftigkeit des deutschen industriellen Apparates das Zutrauen zu unsern Waren mindere. Von beiden dürfte man nicht sprechen, wenn man als Deutscher sein Vaterland nicht herabsetzen wolle.

Wenn die Unternehmer von Vaterland reden, haben sie gewöhnlich einen besonders großen Coup gegen die Arbeiter vor. Dieses Gerede steht genau so gegen Wahrhaftigkeit, wie das Gerede von der Notgemeinschaft der Arbeiter und der Unternehmer. Der Effekt soll doch auch jetzt wieder sein, die Arbeiter niederzuhalten, den Profit zu erhöhen und die soziale Reaktion zu stärken. Die soziale Reaktion ist da und treibt ihr Unwesen. Wie sie sich äußert, bringt der Leiter der Betriebsrätezentrale des ADGB., Nörpel, mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Wenn nun also auch unerörtert bleiben kann, ob es ein soziales Dumping gibt, eine soziale Reaktion gibt es unter allen Umständen, und deren Urheber sind ebenso unbestreitbar die Unternehmer. Es ist ebenso einfach als geistlos, den Begriff 'Erhöhung der Produktion' gleichzustellen mit Verlängerung der Arbeitszeit und Niedrighaltung der Löhne. Der Kampf gegen den Zwangstarif ist für die Unternehmer weiter nichts als der Kampf gegen den Tarifvertrag überhaupt und damit wie-

derum der Kampf gegen die Gewerkschaften. Da aber die Gewerkschaften nichts Abstraktes, sondern die von den Arbeitnehmern geschaffenen Vertretungen der Arbeitnehmer sind, ergibt sich hieraus der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitnehmer. Mit der Produktivität der Wirtschaft hat das aber ganz bestimmt nichts mehr zu tun. Deshalb ist es scheinheilig, wenn die Unternehmer dabei auch von der falschen Klassenkampfeinstellung der Arbeitnehmer reden. Nicht die Unternehmer, sondern Mittelstand und Arbeitnehmer haben in der Zeit der Inflation ungeheure Opfer gebracht. Nicht nur die Ersparnisse dieser Schichten sind dabei restlos verloren gegangen, sondern auch Hausrat, Wäsche usw. mußten geopfert werden. Jetzt wagen es die Unternehmer, bevor sie in ihren eigenen Reihen Ordnung geschaffen haben, von Opfern zu reden, welche 'auch' die Arbeitnehmer bringen müssen.“

## Was amerikanische Unternehmerverbände ihren Mitgliedern empfehlen.

In der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“ werden folgende „Goldene Regeln“ mitgeteilt, die ein amerikanischer Unternehmerverband seinen Mitgliedern zur Beachtung empfiehlt:

1. Benutze die „Goldenen Regeln“ in allem Verkehr mit deinen Arbeitern.
  2. Erhalte tüchtige Arbeiter durch anständige Mittel dem Gewerbe.
  3. Du hast die Pflicht, in guten und schlechten Zeiten Lehrlinge heranzubilden, damit die Nachfrage nach gelernten Kräften befriedigt werden kann.
  4. Die Lohnsätze sollten auf der Grundlage des Höchstmaßes festgesetzt werden, das du zahlen kannst, um deinem Wettbewerb begegnen zu können. Der Lohn soll ausreichen, nicht nur, um den Lebensunterhalt zu gewähren, sondern auch um einen Überschub zu gewähren für Erholung, Fortbildung und Notfälle.
  5. Schaffe Arbeitsbedingungen und eine Umgebung, die der Gesundheit und dem Glück deiner Arbeiter dienlich sind.
  6. Es ist deine Pflicht, zu versuchen, den Standpunkt und die Fragen, die deine Arbeiter einnehmen oder beschäftigen, zu verstehen und ihnen die wirtschaftlichen Grundsätze klarzumachen, nach denen wir unsere Entscheidungen und Handlungen einrichten.
  7. Es ist deine Pflicht, die Arbeit so einzuteilen, daß das Personal dauernd beschäftigt werden kann und Überstunden möglichst vermieden werden.
  8. Arbeitsparende und Schutzeinrichtungen sind für die Gesundheit der Beschäftigten und für die Industrie selbst notwendig.
- Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu sehr richtig:
- „Mit diesen Anweisungen vergleiche man die der deutschen Unternehmerverbände. In ihren zahlreichen Rundschreiben steht auch nicht ein einziges Wort davon, den Arbeitern entgegenzukommen. Im Gegenteil, die deutschen Unternehmer werden von ihren Verbänden ständig angewiesen, die Löhne zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, mit einem Wort: die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst zu schikanieren.“
- Auch der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer bestätigt durch sein Verhalten bei den letzten Tarifverhandlungen nur die Regel, obwohl er sich in Beteuerungen nicht genug tun kann, immer und stets trotz seiner Zugehörigkeit zur Unternehmerspitzenorganisation freie Hand behalten zu haben. Die Bedrückung der Arbeiter ist eben auch sein Prinzip. Die „Goldene Regel“ des amerikanischen Unternehmerverbandes aber beweist, wie sehr der Schutzverband auf dem Holzwege ist.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen in allen vorkommenden Arbeiten durchaus selbständigen

## Reprodukt.-Photographen

Nur erste Kräfte wollen sich melden unter Beifügung von Zeugnis-Abschriften und Lohnansprüchen

**Hodes & Fein, G. m. b. H.**

Chemigraphische Kunstanstalt,  
Köln, Maybachstraße 159.

## Notendrucker

zum Aufstecken und Fertigmachen wird für dauernde Stellung gesucht Wegen Wohnungsnähe möglichst ledig

Angebote mit Lohnansprüchen erbittet die

**Universitätsdruckerei H. Stürtz A.-G.**  
Würzburg.

## Mehrere tüchtige Positiv-Retuscheure

in angenehme Dauerstellung sofort gesucht.

**E. Schreiber, G. m. b. H.**  
Stuttgart, Hackstraße 77.

Wir suchen zum sofortigen Antritt  
**perfekte Strichhätzer  
Farbätzer u. Autoätzer  
perfekten Andrucker**

möglichst für Dauerstellung.  
Nur wirklich tüchtige Herren wollen sich melden

**J. G. Huch & Co., G. m. b. H.**  
Braunschweig, Helmstedterstraße 32.

Mehrere tüchtige

## Messingstecher

auch solche die in Holzarbeiten bewandert sind, stellt durch den Arbeitsnachweis ein

August Snafield, Einbeck

## Vorschlagelisen

aus Ia Silberstahl, in jeder Größe liefert  
**Wilh. Doller,**  
Salzderhelden i. Hann.